

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Verlag Dr. Friedrich Cramer, Berlin SW 61, Lentzehofstraße 2-3 • Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Jilffstraße 2 • Druck: Westpreussendruckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Moltkestr. 7 • Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr • Einzelpreisliste S. 3 v. B. G. • Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Köpferstr. 46 (Zerhus D 5 Postortoffiz 0914) zu richten

Nr. 19

Berlin, den 1. Oktober 1936

17. Jahrgang

Polen und der Völkerbund

Polen hält mit seiner Kritik am Völkerbund nicht zurück, aber es zieht keine Folgerungen daraus. Es erkennt die Reformbedürftigkeit der Genfer Einrichtung an, aber eben jetzt erst hat Oberst Beck vor einer überstürzten Reform der Bundesfassungen gewarnt. Polen möchte einer Stellungnahme zu den damit verbundenen Fragen zum mindesten solange nicht ausgesetzt werden, als es selber noch nicht dahin gelangt ist, eine feste Position in der europäischen Politik zu beziehen. Es kann ihm in seiner gegenwärtigen Lage wenig verlockend erscheinen, sich darüber entscheiden zu müssen, ob der Völkerbund zu einer internationalen Plattform unverbinderlicher Beratungen degradiert oder zu einer Instanz mit erweiterter Zuständigkeit und verstärkter Exekutivgewalt ausgebaut werden soll.

Wenn Polen auch den Völkerbund unverblümt kritisiert und wenn es auch vor zwei Jahren seine Mitarbeit bei der Durchführung des Genfer Minderheitenschutzes aufgesagt hat, so heißt das doch keineswegs, daß es in ihm eine ungezügelmäßige Einrichtung sieht. Wenn Polen sich während der letzten Jahre auch mehr der Methode der unmittelbaren Erledigung außenpolitischer Streitfälle und der Politik der Nichtangriffspakte zugewandt hat, so ist ihm doch niemals der Gedanke gekommen, den Völkerbund als eine für seine Außenpolitik belanglose Institution zu betrachten. Denn wenn der Völkerbund auch nicht dazu taugt, einer dem Frieden dienenden Absicht zum Erfolg zu verhelfen, so ist er für Polen doch immerhin noch insofern von Wert, als er geeignet erscheint, bestimmte Absichten anderer Staaten zu unterbinden, die der Tendenz der polnischen Außenpolitik nicht entsprechen.

Es sind zunächst einmal folgende zwei Fragen, die Polen besonders eng an den Völkerbund fesseln: das Danziger Problem und die Kolonialangelegenheit. Es trifft zwar zu, daß die Beziehungen zwischen Danzig und Polen seit 1923 durch unmittelbare Verständigung so weit geregelt sind, daß sich eine Inanspruchnahme der Genfer Instanzen erübrigt. Es ist aber leicht zu erkennen, daß Polen den größten Wert darauf legt, daß der Völkerbund auch weiterhin für die Danziger Fragen „zuständig“ bleibt, nicht etwa, weil zu befürchten stünde, daß die alten fruchtlosen Prozesse wegen der Hafenausungung, der Bedarfskontingente, der Westplatte, der Eisenbahndirektion usw. wieder aufgerollt werden. Das ist weder von Danziger Seite geplant, noch hat Polen ein Interesse daran. Der Grund ist vielmehr der, daß Polens bevorzugte Stellung gegenüber Danzig, die im Versailler Diktate skizziert worden ist, in den Rahmen des Völkerbundes eingebaut ist. Polen befürchtet, daß die Rechte, die es in Danzig besitzt, hinfällig werden, wenn es seine Beziehungen zum Völkerbund löst. Zum mindesten ist es ein beruhigender Gedanke für Polen, im Bedarfsfalle die Genfer Instanzen gegen die freie Stadt in Anspruch nehmen und Meinungsverschiedenheiten, die sich in der Danziger Angelegenheit zwischen ihm und einem anderen Staate etwa ergeben, der Unbequemlichkeit einer unmittelbaren Aussprache entziehen und in das undurchsichtige Milieu der Genfer Entscheidungslosigkeit verlegen zu können. Das alles steht aber voraus,

daß Polen, ob es nun als „Berechtigter“, als „Kläger“ oder als „Beauftragter“ in Erscheinung tritt, dem Völkerbunde selbst als Mitglied angehört. Es ist vielleicht nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß allein schon die Danziger Angelegenheit ausreichen würde, Polen auch bei noch weit schlimmeren Mängeln des Völkerbundes, als sie ihm ohnehin anhaften, ein treues Mitglied dieser Institution bleiben zu lassen.

Ist es im Falle Danzigs der Wunsch, eine Position zu behaupten, welcher Polen an den Völkerbund fesselt, so ist es in der Kolonialfrage die Hoffnung, eine neue Position zu gewinnen. Der Gedanke einer Neuverteilung der kolonialen Rohstoff- und Siedlungsgebiete hat in der internationalen Öffentlichkeit unter dem Eindruck des ostafrikanischen Krieges und seiner machtpolitischen Auswirkungen so stark an Boden gewonnen, und zugleich hat sich für Polen die Frage der Unterbringung seines Bevölkerungsüberschusses derart verschärft, daß Oberst Bed jetzt die Zeit für gekommen gehalten hat, einen offiziellen Vorstoß in dieser Frage zu unternehmen. Er hat das in der Form getan, daß er in Genf die Prüfung der Möglichkeit einer Erweiterung des Ständigen Mandatsausschusses des Völkerbundes angeregt hat. Es wird bestritten, daß Polen die Absicht habe, die Uebertragung eines Teiles des dem Deutschen Reich durch Versailles entrissenen Kolonialbesitzes zu fordern. Es wird darauf verwiesen, daß es Polen weniger auf eigenen Kolonialbesitz als darauf ankomme, daß erstens die von ihm gewünschte Massenauswanderung seiner Juden durch die britische Palästina-Politik nicht beeinträchtigt wird und daß ihm zweitens Niederlassungsrechte in gewissen überseeischen Gebieten eingeräumt werden, in denen es seinen Ueberschuß an Menschen möglichst in geschlossener nationaler Siedlung ansetzen kann. Diesen Angaben widersprechen allerdings gewisse Thesen der von der amtlich unterstützten polnischen See- und Kolonialliga getriebenen überseeischen Expansionspropaganda. Ob es nun Polen wirklich auf Kolonialbesitz oder nur auf Niederlassungsrechte ankommt, in jedem Falle ist der Völkerbund das Forum, vor dem „zuständigkeitshalber“ solche Forderungen vorgebracht werden müssen. Polen möchte, wenn es soweit ist, auf alle Fälle dabei sein.

Neben diesen beiden Sonderproblemen sind es noch zwei grundsätzliche Fragen der europäischen Politik, die Polen an den Völkerbund fesseln. Erstens: Verschiedene Großmächte haben im Laufe der letzten Jahre mehrfach versucht, durch eine unmittelbare Verständigung untereinander, abseits von Genf, die europäischen Angelegenheiten vorwärts zu treiben. Das ist z. B. im Falle des Viererpaktes, der Stresafront usw. geschehen. In solchen Fällen hat Polen jedesmal das „demokratische Prinzip“ des Völkerbundes und dessen Eignung, politische Projekte durch Palaver und Verschleppung zu töten, besonders zu schätzen gewußt. Polen hat es in diesen Fällen immer mit den kleinen Staaten gehalten, die in Genf zwar keine Aussicht haben, ihre eigenen Pläne durchzusetzen, die aber u. U. dort doch die Möglichkeit haben, den Großmächten Sand ins Getriebe zu streuen. Zweitens: Genf ist ein Ort, der zu keiner bestimmten Einstellung gegenüber diesen oder jenen Staaten verpflichtet. Dagegen wird ein Fernbleiben von Genf vermutlich von ganz Europa als Ausdruck einer ganz bestimmten außenpolitischen Orientierung ausgelegt werden, entsprechend der von der französischen Presse vertretenen These, daß, wer den Völkerbund verläßt, „unter die Diktatur Deutschlands gerät“. Den Verdacht, sich auf Deutschlands Seite schlagen zu wollen, aber will Polen unter allen Umständen vermeiden: nicht bloß aus taktischen Gründen, sondern aus Ueberzeugung. Dr. K.

„Die Grippe wütet in Naprawa“

Unter dem Titel „Grypa szaleje w Naprawie“ erschien vor etwa zwei Jahren ein Roman des polnischen Schriftstellers Jalu Kucel, der von der polnischen Literaturakademie preisgekrönt wurde. Im vergangenen Jahre kam der Roman in deutscher Uebersetzung unter dem Titel „Die Grippe wütet in Naprawa“ in einem Breslauer Verlage (Paul Kupfer) heraus. Er fand in Deutschland als ein Werk, das das Elend der Bauern und die Richtungslosigkeit der Jugend in Polen in krassen Farben schildert, Beachtung. Die Uebersetzung des Buches hat Heinrich Koiz besorgt. Bei einer Vergleichung des polnischen Textes mit der deutschen Uebersetzung

setzung hat sich ergeben, daß Kości einige Absätze des Originals weglassen hat, und zwar diejenigen Stellen, die überaus gehässige Verleumdungen und Beschimpfungen Deutschlands enthalten. Die Streichung dieser Stellen bedeutet eine durchaus nicht gleichgültige Verfassung der politischen Haltung des Kurek'schen Buches. Man muß es zum mindesten als eine bemerkenswerte politische Instinktslosigkeit bezeichnen, wenn ein polnischer Roman, der auf Grund des deutsch-polnischen Pakttes in Polen nicht preisgekrönt, sondern verboten sein müßte, in Deutschland in deutscher Uebersetzung auf den Markt gebracht wird; und man muß es geradezu als eine bewusste Irreführung des deutschen Lesers ansprechen, wenn es bei der Herausgabe der deutschen Uebersetzung von den beteiligten Personen nicht einmal für notwendig erachtet wird, in geeigneter Form die Latsche mitzutheilen, daß bestimmte, die polnische Abneigung gegen Deutschland charakterisierende Stellen bei der Uebersetzung weggelassen worden sind. Daß dieses Verfahren auch schon bei anderen deutschen Uebersetzungen polnischer Schriftsteller angewandt worden ist, kann nicht als Entschuldigung gelten. Im Folgenden seien die in der deutschen Uebersetzung weggelassenen Stellen nachgetragen, so weit es der Anstand nicht verbietet, sie wiederzugeben:

Seite 134: „Das ist sehr interessant“, sagt Korabionsti, der mit seiner Pfeife am Fenster sitzt, „das ist sehr interessant, daß sie diesen Lubbe hingerichtet haben. Er hatte ja sowieso keinen Kopf mehr. Das war ja doch ein Dummkopf. Er war das Werkzeug, mit dessen Hilfe der hitlerische Hochmut noch einmal seine Herrschaft bewiesen hat. Durch seinen Tod wurde das Maß der Ungerechtigkeit dieses schuftigen Volkes vollgemacht. Die, die dem Hakenkreuz folgen, sind die Saat des Bösen. Deshalb fiel Slowacki, denn er war sehr hochmütig. Und Lubbe war ein Märtyrer.“

Seite 214: „Angeblich ist Hitler beim Heiligen Vater gewesen. (Es folgt ein grobes Schimpfwort.) Sie hätten ihn in den Vatikan nicht reinlassen sollen. In den Vatikan können sie ihn reinlassen, aber in das Himmlische Königreich lassen sie ihn sicher nicht rein. Und übrigens, was macht man heute nicht alles um der Politik willen. Politik, mein Herr, Politik.“ — „Hast Recht, die Politik . . .“

Seite 252: „Na gut“, führte Andreas mit dem Korabionsti die Diskussion weiter, „aber die Deutschen werden in zehn Jahren die Herren Europas sein. Wir haben einen Pakt mit ihnen, das ist richtig. Denn die Deutschen fürchten sich jetzt noch vor dem Kriege. Sie haben sich für zehn Jahre gesichert und bereiten sich vor. Das ist ein starkes Volk. Und Frankreich? Pfu! Ein verseuchter Staat. Die Syphilis frisst Frankreich moralisch und physisch auf.“ — „Die Deutschen sind ein starkes Volk, sagst du? Aber sie können ihren Hochmut nicht lassen. Das bringt sie ins Verderben. Der Hochmut frisst sie auf. Hochmut ist schlimmer als Syphilis. Engel wurden durch den Hochmut zu Teufeln . . . Deutschland, das ist das Land des Teufels. Ein Triumph wartet ihrer noch. Sie werden Europa vollständig zerschlagen. Denk an meine Worte. Sie fallen und erheben sich nicht wieder. Paß auf!“

Man wird zugeben müssen, daß diese in der deutschen Ausgabe des Romans fortgelassenen Stellen trotz ihrer verhältnismäßigen Kürze einen recht bemerkenswerten Zug des Kurek'schen Buches darstellen, und daß der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen nicht im geringsten gedient ist, wenn deutschfeindliche Äußerungen des polnischen Partners aus Unachtsamkeit verschwiegen oder gar beruht verlustet werden. Mit einem gegenseitigen Sich-Kennen-Lernen hat eine solche „rückwärtsvolle Verschwiegenheit“ gar nichts zu tun. Der deutsche Leser hat, wenn er schon mit polnischer Literatur bekannt gemacht werden soll, ein Recht darauf, diese Literatur so kennen zu lernen, wie sie wirklich ist. Es wäre angebracht, wenn geeignete Maßnahmen ergriffen würden, um Entgleisungen wie im Falle der Uebersetzung des Kurek'schen Romans in Zukunft zu vermeiden.

Auch in der Frage der Uebersetzung deutscher Bücher ins Polnische könnte ein wenig Aktivität der sich hierfür zuständig fühlenden deutschen Stellen nur nützlich sein. Denn was noch heute als „deutsche Literatur“ in polnischer Uebersetzung auf den Büchermarkt Polens kommt, das hat mit dem deutschen Geistesleben im allgemeinen herzlich wenig zu tun. Immer noch „repräsentieren“ auf der Liste des ins Polnische übersetzten Autoren emigrierte Literaten wie Stefan Zweig, Richard Kay, Franz Werfel, Jakob Wassermann, Lion Feuchtwanger, Vicki Baum und Gina Kaus die deutsche Literatur. Es hat sich seit 1933 in dieser Hinsicht noch gar nichts geändert. Und es hat sich in Deutschland bisher um diese Frage auch noch niemand gekümmert. Zognut Lempicki, der im polnischen „Lites-

ratifischen Jahrbuch“ die polnischen Uebersetzungen deutscher (bzw. deutschschreibender) Schriftsteller bespricht, drückt sich sehr zurückhaltend aus, wenn er die Auswahl der über- setzten Bücher als „einseitig und uninteressant“ bezeichnet und von „einem wunderlichen Chaos und einem Mangel an Orientierung“ in den Kreisen der verantwortlichen polnischen Verlegerschaft spricht, die allem Anschein nach nicht über einen Stab literarisch und künst- lerisch gebildeter Berater verfügt. Wenn die Nichtberücksichtigung der dem neuen Deutsch- land geistesverwandten Literatur seitens der polnischen Verleger in den meisten Fällen wohl auch beabsichtigt ist, da eben die geistige Sichtbarkeit des breiten Lesepublikums bei Courts- und Bühnen-Mahlern oder die Abneigung gegen Deutschland bei einem jüdischen Literaten ihre billigste Befriedigung findet, so ließe es sich doch zweifellos erreichen, daß sich dieser oder jener Verleger in Polen für die Uebersetzung und Veröffentlichung der wirklich wertvollen deutschen Literatur interessiert. Es ist ja bekannt, daß umgekehrt von amtlichen polnischen Stellen im Laufe der Jahre nicht unerhebliche Mittel aufgewandt worden sind, um der polnischen Literatur in Uebersetzungen Eingang beim ausländischen Publikum zu verschaffen.

Die Ueberfremdung des Memelgebietes

„Um die überlieferten Rechte und die Kultur der Bewohner zu sichern“, d. h. um den Bestand der ererbten deutschen Kultur zu gewährleisten, ist im Memelstatut die terri- toriale Autonomie des Memelgebietes festgelegt worden. Darüber, daß die Autonomie von Litauen unausgesetzt verletzt worden ist, daß die tatsächliche Gewalt im Memelgebiet nicht von den verfassungsmäßigen Instanzen, sondern vom Kriegskommandanten und Gouverneur ausgeübt wird, daß Litauen Schritt für Schritt die Rechte der Memelländer abzubauen bestrebt ist und in der Autonomie nur ein Uebergangsstadium sieht, ist in der deutschen Presse viel und auch in der ausländischen Presse manches geschrieben worden. Etwas anderes aber, was viel wichtiger ist als diese rechtliche Seite der Memelfrage, hat bisher nur verhältnismäßig geringe Beachtung gefunden, nämlich die Tatsache, daß Litauen mit aller Kraft darauf ausgeht, dem Memelgebiet durch die Förderung einer litauischen Massenzuwanderung ein neues nationales Gesicht aufzupringen.

Schon in den Straßen der jahrhundertalten deutschen See- und Handelsstadt Memel macht sich das auffallend bemerkbar. Das alteingesessene einheimische Element der Be- völkerung tritt gegenüber den zugewanderten Ostjuden und den litauischen Elementen immer mehr zurück. Mag es dem Memelgebiet wirtschaftlich auch noch so schlecht gehen, so ist es mit seinen sozialen und kulturellen Einrichtungen aus preußisch-deutscher Zeit dem sozialen und kulturellen Niveau Litauens doch noch weit überlegen. Deshalb ist der Zuzug von Arbeitern aus Litauen nach der Stadt Memel ganz be- sonders stark, und dieser wird noch durch die verschiedensten Maßnahmen der litauischen Behörden gefördert.

Die Stadt Memel hatte beim Einfall der Litauer ins Memelgebiet rund 31 000 Ein- wohner; sie zählt jetzt 48 000. Litauer und Juden haben in den letzten Jahren in Memel eine Reihe von industriellen Unternehmungen, wie Zigaretten-, Zigaretten-, Schokoladen- und Tuchfabriken usw. gegründet, in denen nur die billigen litauischen Arbeitskräfte beschäftigt werden. Da sich die Hafendirektion in litauischen Händen be- findet, sind auch die alteingesessenen memelländischen Hafenaar- beiter restlos durch Litauer ersetzt worden. Der Hafenverkehr liegt zum Teil in Händen von litauischen halbamtlichen Expeditionen, die ebenso die ein- heimischen Arbeiter ausschalten und nur zugezogene Litauer beschäftigen. Um den litau- ischen Arbeitern auch das Eindringen in die memelländischen Betriebe, insbesondere die Schneidemühlener Werke zu ermöglichen, wird diesen Werken bei der Zuteilung von Rohholz die Bedingung auferlegt, einen gewissen Prozentsatz litauischer Arbeiter zu beschäftigen.

So ist es kein Wunder, daß die deutsch eingestellten memelländischen Arbeiter auf die Straße gesetzt und arbeitslos werden, während Leute, die das Memelgebiet bis dahin kaum gesehen haben, als Herren der Lage durch Memels Straßen gehen. Im Memel- gebiet würde es überhaupt keine Arbeitslosen geben, wenn dem starken Zuzug aus Litauen entsprechender Einhalt geboten werden würde.

Mit der Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse im Memelgebiet ist auch der soziale Rückschritt eng verbunden. Trotzdem in Memel viel gebaut wird, ist dort ein starker Wohnungsmangel vorhanden. In der Stadt Memel haben bereits viele Litauer, insbesondere auch Amerika-Litauer, zahlreiche Grundstücke erworben, so daß ihnen ganze Straßenzüge gehören. Auch sie verdrängen das einheimische Element der Bevölkerung, indem diesem die Wohnungen gekündigt und dafür Litauer hineingekommen werden. Die aus Litauen zugezogenen Personen mieten sich meistens gemeinsame Wohnungen und kampieren in diesen („wohnen“ kann man kaum sagen) bis zu 20 Menschen zusammen. Daß dabei von der Beachtung der im Memelgebiet geltenden hygienischen und sittlichen Gesetzesbestimmungen keine Rede mehr sein kann, ist selbstverständlich. Wenn dann die memelländische Gesundheits- und Sittenpolizei gegen diese Zustände einschreitet, mißt sich der litauische Kriegskommandant ein, der dieses Vorgehen gegen die ungesunden Wohnverhältnisse für „staatsfeindlich“ hält.

Der starke Zug aus Litauen stellt auch in finanzieller Hinsicht eine ungeheure Belastung des Haushaltsplans des Memelgebiets dar. Abgesehen von der Belastung durch Zahlung der Arbeitslosenunterstützung ist mit diesem Zug eine Gefahr für die im Memelgebiet bestehende Sozialversicherung verbunden. Die aus Litauen zuziehenden Personen sind sehr häufig mit allerlei Krankheiten behaftet und nutzen im Memelgebiet die Vorteile der dortigen Landesversicherungsanstalt mit der Kranken- und Unfallversicherung usw. aus. Das geschieht zum größten Teil auf Kosten der alteingesessenen memelländischen Arbeiterschaft, die die Sozialbeiträge seit Jahrzehnten hat leisten müssen, welche nun anteilmäßig dazu verwendet werden, die Litauer zu unterstützen. Aus diesem Grunde hat die Landesversicherungsanstalt des Memelgebiets schon sehr häufig vor dem Zusammenbruch gestanden, und es hat besonderer gesetzlicher Maßnahmen bedurft, um diese Kultureinrichtung über Wasser zu halten. Nebenfalls haben diese sogenannten Sparmaßnahmen zur Folge gehabt, daß die Leistungen der Sozialversicherung gegenüber den Versicherten immer geringer geworden sind, so daß auch auf diesem Gebiete von einer Sicherung „der überlebenden Rechte und Kultur der Bewohner“ kaum noch gesprochen werden kann.

Ganz besonders stark sind die Soziallasten der Stadt Memel angewachsen. Das ist erklärlich; denn nur die allerwenigsten zuziehenden Litauer bringen Werte mit. Meistens handelt es sich um verarmte Leute, die alle in Memel ihre Lebenslage verbessern wollen. Da diese Lasten angesichts der zurückgehenden Steuerkraft der Einwohner des Memelgebiets kaum zu ertragen sind, hat der memelländische Landtag seit 1930 immer wieder Gesetze verabschiedet, die den unnatürlichen Zug nach Memel entsprechend unterbinden sollten. Ähnliche Bestimmungen sind schon lange für die Stadt Rauen erlassen worden. Diese Gesetze wurden aus wirtschaftlichen Gründen erlassen. Sie sind aber alle dem Veto des Gouverneurs verfallen, der die nationale Ueberfremdung des Memelgebietes im Litauischen „ja“ durch den „nein“ hält.

Wie es der alteingesessenen Arbeiterschaft des Memelgebietes ergeht, so ergeht es auch dem dortigen Handwerk. Die gut vorgebildeten deutschen Handwerker des Memelgebiets werden durch den Zug aus Litauen ebenso wie die deutschen Lohnarbeiter aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet. Aus Litauen kommen scharenweise Leute ins Memelland, die sich als „Handwerker“ bezeichnen, aber meistens nichts anderes als Pflücker sind, die für billiges Geld jeden Auftrag annehmen, aber keine Qualitätsarbeit zu liefern imstande sind. Da die wirtschaftliche Lage im Memelgebiet katastrophal ist, neigt die Bevölkerung im allgemeinen dazu, die billigen Kräfte in Anspruch zu nehmen, ohne sich klar darüber zu sein, daß sie sich dadurch am meisten schädigt. Das memelländische Handwerk, insbesondere das Bauhandwerk, wird durch Schwarzarbeiter und ungelernete Kräfte, die nach den im Memelgebiet bestehenden Gesetzen handwerkliche Arbeiten überhaupt nicht ausführen dürften, schwer geschädigt. Die Handwerkskammer des Memelgebiets hat sich dieser Schädigung des bodenständigen Handwerks wegen schon häufig an die Öffentlichkeit gewandt; auch der memelländische Landtag hat sich mit dieser wichtigen Frage schon wiederholt beschäftigt.

Von dem Ueberfremdungsprozeß ist auch die Kaufmannschaft des Memelgebiets nicht unberührt geblieben. In Litauen ist die Wirtschaft in besonderen halbamtlichen Organisationen zentralisiert, die vom litauischen Staate unterstützt werden, und in denen einflußreiche litauische Personen als Hauptaktionäre sitzen. Dazu gehört außer der

„Maistas“ für landwirtschaftliche Erzeugnisse und der „Pieno centras“ für Milchprodukte die „Lietukis“ für alle anderen Handelswaren. Die „Lietukis“ hat in fast allen Dörfern des Memelgebiets Filialen eingerichtet und verkauft ihre Waren billiger, als es den memelländischen Kaufleuten möglich ist. Mit dieser Unterbietung des Preisniveaus durch die litauischen halbamtlichen Organisationen hat sich die Handelskammer des Memelgebiets schon mehrfach befaßt. Doch ist es bisher noch nicht gelungen, in diesem Punkte Wandel zu schaffen.

Um den Zuzug der Litauer nach dem Memelgebiet zu begünstigen, werden schließlich auch litauischen Siedlern von den litauischen Banken billige Kredite zur Verfügung gestellt. Soweit die litauischen Banken deutsch eingestellten Bauern oder industriellen Unternehmungen Kredite gegeben haben, werden sie bei gegebener Gelegenheit aus politischen Gründen gekündigt, um die Grundstücke zur Zwangsversteigerung zu treiben und sie auf diese Weise für billiges Geld den zuziehenden Litauern in die Hand zu spielen. Ein Befehl des memelländischen Landtags, nach welchem die Zwangsversteigerungen im Memelgebiet auf längere Zeit ausgesetzt werden sollten, verfiel dem Veto des Gouverneurs. Die Erwerbung von Grundbesitz durch Litauer, insbesondere in Landkreise Memel, ist ziemlich weit fortgeschritten. Dort sind bereits 12000 Morgen in die Hände von Litauern übergegangen. In den anderen Kreisen des Memelgebiets liegen die Verhältnisse ähnlich.

So macht sich der von litauischer Seite geförderte Ueberfremdungsprozeß im Memelland auf allen Gebieten bemerkbar. Je weiter dieser Prozeß fortschreitet, desto mehr wird die memelländische Eigenart zerstört und durch fremde Kräfte und Einrichtungen ersetzt. Es findet mit diesem Ueberfremdungsprozeß im Memelgebiet eine Umwertung aller Werte statt, der kulturellen, zivilisatorischen, hygienischen und sozialen. Dabei ist noch an die fremden Einflüsse auf dem Gebiete des autonomen Schul- und Gerichtswesens, der Verwaltung in den Kreisen und Gemeinden usw. zu denken, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll. Litauen ist bestrebt, die Verhältnisse im Memelgebiet den litauischen anzugleichen, um auf diese Weise das schon lange erstrebte Ziel, die „reine, glatte Annexion des Memelgebiets“, zu erreichen.

Die Hauptstadt der Mittleren Ostmark

An der Stelle, wo sich zwei Höhenrücken des märkischen Landes, das Barnim-Lebuser und das Sternberger Plateau fast die Hand reichen, engen sie die sonst so breite sumpfige Ueberriederung zu einer der wenigen schon frühzeitig ständig gangbaren Uebergangsstellen ein, wie sich keine zweite stromauf und -ab im ganzen Mittellauf der Oder darbietet. Auf überschwemmungsfreiem Siedlungsraum mit teilweise recht fruchtbarem Ackerlande und außerdem leicht zu verteidigen, wurde diese Ansiedlung das wichtigste Achenkreuz an der mittleren Oder, wie heute noch im Straßen- und Schienennetz. Denn hier kreuzen sich der seit 1211 nachgewiesene süd-nördliche Derverkehr mit der großen Straße von Osten, die sich an der Oderfurt nach Leipzig und Berlin verzweigt. Kein Wunder also, daß die rege Lokalforschung seit der Steinzeit an dieser wichtigsten Stelle nacheinander viele Siedlungen kennt, die fast alle ein starkes germanisches Siedlungsgebiet um Frankfurt nachweisen lassen. Danach entwickelte sich nach relativ kurzer Unterbrechung durch slawischen Besitz schon 1225 ein deutsches Frankfurt, als das Land Lebus endgültig aus der polnischen in die herzoglich schlesische Hoheit überging. Denn in jener Frühzeit war an der Oderfurt das deutsche Hospital mit der Siedlung um eine eigene Kirche St. Nikolai bereits auf gewisse Selbstverwaltung gestellt. 1263 ließ Markgraf Joachim I. von Brandenburg unter Verleihung des erblichen Schulgenamtes an Gottfried von Herzberg südlich anschließend eine neue Stadt im regelmäßigen Kolonialtyp anlegen und verlich ihr das deutsche Recht, das vorher Berlin von Brandenburg erhalten hatte, als Grundlage für die Entwicklung des städtischen Lebens. Die Furststadt, frühzeitig verkehrstechnisch und bald auch geistig zur Brückenstadt entwickelt, wurde schnell Handelsstadt, dank der ihr zugestandenen Marktrechte und dank ihrer Lage an der Grenze zwischen dem kulturell hochstehenden deutschen Westen,

der Fertigwaren herstellte, und dem ärmeren polnischen Osten, der im wesentlichen Rohstoffe lieferte. Darüber hinaus hielt es von Anbeginn an (Frankfurts Wappentier ist ein krähender Hahn im geöffneten Stadttor) Grenzwaoh für Brandenburg.

Schon die beiden Gründungsurkunden vom Jahre 1253 trugen dieser lagebedingten Aufgabe Rechnung und schufen günstige Vorbedingungen für eine schnelle Entwicklung. Mit Hilfe des Niederlagsrechts konnte der städtische Kaufmann alle ankommenden Kaufmannswaren längere Zeit (zuletzt noch etwa drei Tage) aufhalten, antaufen oder sie auf eigenen Schiffen oder Wagen weiter befördern; Zoll und Zwischenhandel und Beschäftigung von Gastwirten und Handwerkern brachten der Stadt große Gewinne. Damit die fremden Kaufleute mit ihren Waren nicht die Niederlage umgingen, wurde der Straßenzwang eingeführt, der die zu benutzenden Straßen sowohl zu Wasser wie zu Lande genauestens vorschrieb. Für den Landverkehr gab es auf der ganzen 900 Kilometer langen Oderstrecke bald nur dreierlaubte Uebergänge: in Stettin, Frankfurt und Breslau. Frankfurt befreite sich schon 1311 vom Stettiner, 1313 vom Oderberger Niederlagsrecht, so daß es im weiten Umkreis seines Landes wie auch im Ostseegebiet ungehindert Handel treiben konnte. Das Vorrecht der Niederlage wurde erst genau ein halbes Jahrtausend später, nämlich 1751 durch Friedrich den Großen aufgehoben; einzelne Waren jedoch, z. B. die für Schlesien bestimmte baltische Weinsaat, mußte Stettin noch 1810 im jährlichen Wert von 300 000 Taler erst an die Frankfurter Kaufleute verkaufen, von denen sie die Schlesier wieder abkaufen mußten. Damals noch wurde das alte Recht als so traditionell empfunden, daß bei seiner Aufhebung die Staatsbehörde durch die neue Messordnung von 1810 für den Verlust einen mercklichen Ausgleich schuf.

Die mittelalterliche, streng gebundene Marktgenossenschaft sicherte für Stadt und Land die gegenseitige Abgabe der Erzeugnisse zu angemessenen Preisen; sie vermied die Nachteile des freien Marktes für Ware und menschliche Arbeitskraft. Mit der Wandlung der Agrarverfassung von der Grundherrschaft zur Gutswirtschaft, die den Bauernstand schwächte, für den Markt produzierte und das Getreide an die Ostseeküste absetzte, sank die Kaufkraft des platten Landes, und damit brach auch für Frankfurt ein Grundpfeiler seiner alten städtischen Wirtschaftsordnung zusammen. Um so mehr suchte der unternehmende Frankfurter Patrizier den Fernhandel an sich zu reißen. Seine günstige Lage im ostelbischen Wirtschaftsraum bedingte, daß Frankfurt (nächst Krakau und Breslau) als südöstlichste Binnenstadt dem großen Kaufmannsbunde der Hanse etwa zweihundert Jahre, spätestens von 1368 bis 1525, angehört hat. Wenn es in diesem Bunde auch keine große Bedeutung erlangt hat, so mußte die von der Hanse erstrebte Ausschaltung der nichtdeutschen Konkurrenz doch auch für Frankfurts Wirtschaftsentwicklung vorteilhaft sein. Zudem suchte und fand die Oderstadt bei dem Bunde, der Könige einund absetzte, Schutz für seine Schonenfahrer, die auf eigenen Schiffen von dem großen südschwedischn Markt in Skanör und Hälsterbo den Hering holten und dann von Frankfurt aus weiterverkauften. Daran erinnert noch heute das Wahrzeichen der einstigen städtischen Handelsblüte: der Hering am Sügiebel des Rathauses.

In diese weitgespannten Wirtschaftsbeziehungen griff frühzeitig das harte Schicksal der politischen Grenzziehung ein. Um die Mitte des 14. Jahrhunderts erlachte das Nationalgefühl bei Polen und Tschechen; und nach dem Ansturm der Hussiten, die Frankfurt um 1431 zweimal besahten und seine Wirtschaft hemmten, mußte die Stadt sich 1435 als zahlungsunfähig erklären. Der 2. Thorer Frieden von 1466, der den westlichen Teil des deutschen Ordensstaates mit der Krone Polens verband, öffnete Polen den Weichselverkehr über Danzig zur Ostsee, auf der bald auch die Stellung der Hanse durch Schweden und Dänemark geschwächt wurde. Ostbrandenburg, also das engere Frankfurter Gebiet und die Neumark, war etwa um 1477 zwischen Pommern, Polen und das unter böhmischer Lehnsheerheit stehende Herzogtum Schlesien eingeteilt. Da bis an die Müllroser Senke (17 Kilometer südlich von Frankfurt) reichte das „Ausland“ heran, die Marktgrafschaft Lausitz, die 1526 (wie auch Schlesien) ins österreichische Wirtschaftssystem und 1635 ins mächtige Kursachsen eingegliedert wurde. Auch der wichtige Odrübergang bei Krossen wurde erst 1482 brandenburgisch. Durch diese Nachbargebiete Frankfurts hindurch stieß erstmalig der polnische und schlesische Handel auf die innerdeutschen Märkte vor und durchbrach das Frankfurter Stapelrecht. Da Frankfurt die Oderschiffahrt nicht freigeben wollte, wanderte der schlesische Handel zur Elbe, der polnische seit 1618 auf der Warthe nach Stettin ab, welches auch Frankfurts Ostseehandel an sich

riß, bis sich beide gegenseitig 1571 die Handelsperre verkündeten; auch das Reichsgerichts-
urteil von 1623, das zugunsten Frankfurts ausfiel, öffnete den Weg zur Dlfsee nicht mehr:
Um 1650 war Frankfurt eine tote Stadt und so arm, daß es Ausbesserungen
an öffentlichen Gebäuden nicht mehr vornehmen konnte!

Nach einem Jahrhundert, ab 1648, erlebte Frankfurt mit ganz Brandenburg einen
neuen Aufstieg. Kurz nachdem durch den Ausbau des Friedrich-Wilhelm-
Kanals zwischen Oder und Spree 1668 der bisherige Durchgangsverkehr zur Dlfsee in
Richtung auf die Nordsee abgelenkt und damit auch Frankfurt entzogen worden war,
baute sich Frankfurt, namentlich im Dienste der landesherrlichen Fiskalisierung, etwas Eigen-
tümliches von größter osteuropäischer Bedeutung auf: die seit 1253 anerkannten, erstmalig
1355 bekundeten drei Jahrmärkte zu Reminiscere, Magazeten und Martini wurden um
1656 durch landesherrliche Verordnung zu echten Messen umgestaltet. Diese wurden
„ein Weltmarkt im kleinen, an dem französische Seide, englische Tuche, indische Gewürze
und venezianisches Glas ausgetauscht wurden gegen russisches Rauchwerk, polnisches Holz
und Getreide, Wachs, Fette und Borsten, ungarischer Wein und schlesische Löpferlein
gegen norwegische Feringe“ (F. Plage). Hier wimmelten Käufer und Verkäufer in den ver-
schiedensten Trachten, mit den verschiedensten Gewohnheiten und Sprachen durcheinander.
In der auf- und abschwankenden Umsatzkurve der Frankfurter Messen (zwischen 1,5 und
30 Millionen Taler) spiegelten sich die Wandlungen der preussischen und ausländischen
Wirtschaftsauffassungen, vor allem aber die politischen Verhältnisse im Osten wider.
Bis zu erstaunlicher Höhe stieg das Frankfurter Wirtschaftsleben wieder an, als die
landesherrliche Sorge um die Stärkung des brandenburgisch-preussischen Binnenmarktes
durch strengen Abschluß nach außen Frankfurt zum ostdeutschen Wirt-
schaftsmittelpunkt ausbaute und der Stadt im Jahre 1687 den Woll-
handel, der anderen Städten verboten war, überließ. Es war die Zeit, in der die
Bevölkerung Frankfurts, den Zusammenhang zwischen staatlicher Macht und Wirtschafts-
blüte wieder erkennend, ihrer Stadt (nachweisbar seit 1692) die stolze Bezeichnung
„Ehurfürstlich brandenburgische Haupt- und Handelsstadt“ beilegte.
Die heutige Bezeichnung „Haupt- und Handelsstadt der Mittleren Ostmark“ ist
also im ersten Teil historisch, im zweiten von der Nachkriegslage 1918 abgeleitet.

Preußens Aufstieg in Kriegs- und Friedenszeiten, Polens Sinken, die Erweiterung des
preussischen Gebietes durch die Teilungen Polens, Oesterreichs zollpolitischer Abschluß, die
Begründung des deutschen Zollvereins 1834 und vieles andere stärkten den Binnenmarkt,
lenkten den Dlfhandel nach Frankfurt hin und erweiterten die Handelsbedeutung der
Stadt. Die Tiefpunkte der Wirtschaftskurve waren Folgen der fortwährenden
Kriege des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, der Pest, der Kontinentalperre, der Handels-
kriege mit den Nachbarn und schließlich des wohlgemeinten, aber zu stark verfolgten
Wirtschaftsstrebens Friedrich des Großen, das darauf gerichtet war, die wachsende ein-
heimische Industrie vor dem ausländischen Wettbewerbe durch drückende landesherrliche
Grenzzölle und hohe städtische Abgaben, die zeitweilig ermäßigt werden mußten, zu
schützen. Auf den Höhepunkt um 1855 mit jährlich etwa 28000 Messfremden und
300000 Zentnern Warenumsatz, zu einer Zeit, als Frankfurt selbst nur 30000 Ein-
wohner zählte, folgte bald der endgültige Abstieg. Rußland schloß sich wirtschaftlich
stark ab; Frankfurt veräumte, den mit der Verbesserung der Verkehrsmittel erforderlichen
Uebergang von der Waren- zur Mustermesse zu vollziehen; es besaß auch nicht
genug eigene Handelsbeziehungen, da seine eigenen Kaufleute wenig am Messhandel
beteiligt gewesen waren und nur Fremde mit Fremden hatten Handel treiben lassen. Für
den großen Wettbewerber Leipzig, der längst südpolnische Kaufleute auf dem Wege
durch Böhmen um das preussisch gewordene Schlesien herum angelockt hatte, wirkten sich
Mittellage, vielseitiger Bahnanschluss und Senkung der Messabgaben vorteilhaft aus.
Frankfurt aber kam in den Schatten Berlins und die belebte Messestadt
von internationaler Bedeutung, die noch wenige Jahrzehnte vorher einen größeren Mess-
umsatz als Frankfurt (Main), Braunschweig und Leipzig gehabt hatte, wurde und
blieb im 19. Jahrhundert eine stille Garnisons- und Beamten-
stadt in einem ländlichen Wirtschaftsraum.

Nun war aber Frankfurt von jeher auch geistiges Bollwerk und Brücke
über den heimatischen Strom, ja über die Grenzen der Völker Osteuropas: der s. Hohen-
zoller, Kurfürst Joachim I., der Begründer des Kammergerichtes in Berlin,
errichtete in Frankfurt, von staatlichem Geltungswillen und Verwaltungsbedürfnis (kurz
nach Rezeption des römischen Rechtes!) veranlaßt, 1606 die erste märkische Hoch-

schule. Denn Frankfurt übertraf damals, wie ausdrücklich betont wurde, an Gunst der Lage, an Schönheit der Landschaft und an wirtschaftlichem Reichtum die anderen Wettbewerber: Brandenburg, Fürstenwalde und sogar Berlin-Kölln, das ja gerade erst anfang, die ständige Residenz der Kurfürsten zu werden. An der „Allma mater Viadrina“ (Oderstrom, „Viadrus-Flumen“), welche lange Zeit die einzige und auch später noch die größte brandenburgische Landesuniversität blieb, saßen zu Füßen berühmter Professoren noch berühmter gewordene deutsche Schüler: von Ulrich von Hutten bis Heinrich von Kleist und den Brüdern Wilhelm und Alexander von Humboldt. Vor allem aber entfielen während des 304jährigen Bestehens von 18340 Studenten aus dem heutigen Reichsgebiete 60 v. H. auf dessen östliche Teile und von den 2635 Studenten des Auslands 92,2 v. H. auf osteuropäische Länder. Wahrlich, eine geistige Brücke zum Ostland! — Jedoch, wie wirtschaftlich, so geriet auch kulturell Frankfurt immer mehr in die Schattenlage der aufstrebenden preussischen und späteren Reichshauptstadt: Als Berlin 1810 eine Universität erhielt, verlor Frankfurt die seine an Breslau. Aber auch hier wurde — ähnlich wie beim Stapelrecht — einer Frankfurter Deputation 1811 erklärt, daß „seine Majestät, gerührt von dem Schicksal Frankfurts, auf die Vorschläge gewiß achten“ werde: tatsächlich erhielt es schon 1816 die Neumärkische Regierung und den Appellationsgerichtshof, an welchem z. B. 1871—77 Ernst von Wildenbruch als Referendar arbeitete.

Um 1825 wurde die feste Stadt, die eine Ringmauer, zahlreiche Tore und 22 Türme allein auf der Westseite besessen hatte, entfestigt. Wie in vorgeschichtlicher Zeit eine Burg in der Stadt und viele Burgwälle nördlich und südlich davon auf dem West- und Ostufer der Oder Frankfurts Umgebung als größte Kampfzone um die Herrschaft über den Oderstrom erweisen, so trug in geschichtlicher Zeit die feste Stadt vielen anstürmenden Feinden, denn sie mußte ja allen Heerzügen durch ihre günstige Verkehrslage ein erstrebenswerter Besitz sein. Als im 17. Jahrhundert die ersten ständigen Truppen in die Nähe der Grenze wie auch der Hauptstadt zugleich gelegt wurden, trafen beide Voraussetzungen für Frankfurt zu. Hier musterte auch der Kurfürst 1626 das älteste aller preussischen Regimenter. Trotz häufiger Zerstörungen hat sich viel Sehenswertes erhalten: wie in wenigen anderen Städten kann heute der Fremde die großartige und vielseitige Vergangenheit unserer Stadt am reichen Stadtbild Frankfurts ablesen, das schon 1368 fünf Kirchen besaß, darunter die Marienkirche, die einzige fünfschiffige Kirche der Mark. Die Altstadt mit ihren ragenden gotischen Bauten, insbesondere das Rathaus mit dem prachtvollen gotischen Ziergiebel aus Backstein, die schönen Bürgerhäuser am Marktplatz aus der ersten Blütezeit der Universität, wie auch das Universitätsgebäude selbst und die alten Barockhäuser der Friederizianischen Zeit beherrschen die Altstadt. Der herrliche Grönigürtel um diese veranschaulicht den Lauf der alten Festungsgräben, aus denen der Altmeister der deutschen Landschaftsgärtnerei und der Schöpfer des Babelsberger Parks, Hofgarden-direktor Lenné ein „Mäxlerwerk der Gartenbaukunst“ schuf, zur selben Zeit, als Schinkel das Stadttheater erbaute. Ihr „ganz individuelles städtebauliches Bild“ schuf sich aber diese ostmärkische Stadt erst durch die Aufbauleistung der letzten Jahrzehnte.

1918 wurde Frankfurt Grenzstadt, in einem ungeschützten Ostdeutschland sogar in zweifacher Hinsicht: Von der 80 Kilometer entfernten offenen Ostgrenze nur durch ein von Bauern dünnbesiedeltes Vorland getrennt, liegt es andererseits nicht weit von dem nur 120 Kilometer breiten Hals entfernt, mit dem Schlesien am Reichsrand hängte. So befindet sich dieser größte Deutschlumpenfeiler zwischen Breslau und Stettin heute etwa in derselben Lage, in dem sich strategisch einst Friedrich der Große befand, als er bei dem der Stadt benachbarten Kunersdorf kämpfte. Es liegt auf der Hand, daß ihr aus dieser Lage besondere Aufgaben erwuchsen. Sie nennt sich programmatisch „Hauptstadt der Mittleren Ostmark“, also jenes Gebietes, das bis dahin keinen Mittelpunkt für kulturelle, wirtschaftliche und völkische Belange besaß, wie ihn Schlesien in Breslau und Ostpreußen in Königsberg haben. 1919 forderte Frankfurt die Zuteilung der Restkreise der abgetrennten Provinzen Posen und Westpreußen an seinen Regierungsbezirk, um das Erbe Brombergs und Posen zu übernehmen. Wenn dann auch verwaltungsmäßig aus diesen Restgebieten 1922 eine neue Provinz mit dem Traditionsnamen „Ostmark-Posen-Westpreußen“ entstand, so hat sich doch Frankfurt stets mitverantwortlich für deren Entwicklung und deutsches Schicksal gefühlt. Liegt diese Provinz doch gerade dort, wo die polnische Westgrenze am tiefsten in

deutsches Reichsgebiet vordringt, und ist sie doch jene Provinz, die (nächst Oberschlesien) zwar den größten Geburtenüberschuß, aber auch den höchsten Wanderungsverlust des Reiches aufweist.

Allerdings hat die vorausgegangene Entwicklung der letzten Jahrzehnte der Stadt viele wertvolle Entwicklungsmöglichkeiten geraubt: der 1891 vollendete Oder-Spree-Kanal hat Fürstenberg zum großen Umschlagplatz, die Warthe-Schiffahrt Küstrin zum Knotenpunkt des Güterverkehrs gemacht, der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin führt bei Hohensaaten in die Oder und Frankfurt kam da- mit in den stillen Winkel des großen östlichen Stromes, dessen lang- samer Ausbau nicht seinen großen ostdeutschen Verkehrsaufgaben entsprach. Aber gerade darum rief Frankfurt, seiner ostmärkischen Aufgabe bewußt, bald mehrere Selbsthilfe- organisationen ins Leben, die durch Schifffahrt, Lagungen und Bereisungen der grenznahen Reichsgebiete in einer Zeit des Verfalls sich bis heute segensreich für den vorgelagerten Ostraum auswirkten. Es gründete 1919 den Brandenburgischen Oderverein, heute ein wichtiges Glied des „Vereins zur Wahrung der Oder-Schiffahrtsinter- essen“. Es erkämpfte die Anerkennung des Frankfurter Gebietes als Grenzkreuzgebiet. Es gründete für dieses den „Wirtschafts- und Kulturverband“ und schließ- lich 1927 den „Verkehrsverband Ostmark“, der heute dem Landesfremden- verkehrsverband eingegliedert ist. Es förderte den Gedanken des 156,8 Kilometer langen Elbe-Spree-Oderkanals, dessen Ausbau 1933 von der Regierung in Frankfurt begonnen wurde. Heute noch teilt es für Schaffung des nur 6 Kilometer langen Anschluß- kanals ein, der bei Brieskow nach Frankfurt abzweigen soll, den Rähnen auf ihrer Fahrt zur unteren Oder und Warthe den 30 Kilometer langen Umweg über Fürstenberg ersparen und Frankfurt zum Endpunkt einer langen Wasserstraßenverbindung für 1000-Tonnen-Schiffe von der Elbe zur Oder machen würde.

Darüber hinaus hat Frankfurt seine eigenen vielseitigen Bestrebungen dem völkis- chen Abwehrkampf im Osten eingegliedert. Die Stadt, die sich einst vorbe- reitete, so viele Neufremde aufzunehmen, wie es Einwohner zählte, ist seit 1910 vollen- dig tätig, in gesunder Bodenpolitik (Damaschke!) rechtzeitig Gelände zu erwerben, um es später mit Unterbindung allen Bodenwuchses zur Errichtung von Industrie- d- lungen und vor allem für einen gesunden Wohnbau abzugeben. Hatte die Stadt schon vor dem Kriege ihren historisch bedingten Grundbesitz, der größtenteils außerhalb des politischen Stadtgebietes auf leichtem Boden lag, neu aufgeforstet und durch Hinzukauf auf 20000 Morgen aufgerundet, so vergrößerte sie seitdem ihr Grundeigentum außerhalb der Stadt um 20,2 v. H., im Innern des Stadtgebietes sogar um 136,4 v. H.! So konnte sie in den beiden letzten Jahrzehnten auf den ihr gehörigen 42 v. H. des Stadtgebietes (womit sie an vierter Stelle aller Mittelstädte und nur hinter zehn deutschen Großstädten steht) Bauland zur Verfügung stellen und für Arbeitsmarkt und Wohnungshygiene beispielhaftes leisten. Die Stadt gab 1924 bis 1935 für den Wohnungsbau allein rund 700000 Quadratmeter, also fast 280 Morgen, billigt ab und darüber hinaus geldliche Hilfe in Form von 3,3 Millionen RM. aus städtischen Anleihen (ohne Straßenbaukosten) und durch die Sparkasse noch weitere 5 Millionen RM. hypothekarische Darlehen. Dadurch wurden allein seit 1914 rund 60 v. H. der damals oder fast 40 v. H. der heute besiedelten Gesamtfläche neubebaut und 25 v. H. der damals bestehenden Häuser neu errichtet. Diese praktisch durchgeführte Bodenreform brachte der Stadt aus dem Munde Damaschkes die ehrenvolle Bezeichnung „Die erste Bodenreformstadt Deutschlands“. Dieser Maßnahme ist es auch zu verdanken, daß nur 0,57 v. H. aller Grundstücke und nur 0,62 v. H. der Wohngebäude Ausländern gehören: das ist für eine grenznaher Stadt wenig im Vergleich zum 1/3 igen Durchschnitt für die preussischen Mittelstädte! Das in Frankfurt anfängliche gemeinnützige (provinzielle) Siedlungsunter- nehmen „Eigene Scholle“ hat auch in der weiteren Umgebung der Stadt aus- gezeichnete Siedlungsergebnisse zu verzeichnen: im Kampf um den grenznahen Boden hat dieses Unternehmen auf insgesamt 65000 Hektar durch Aufteilung größerer Güter in 15 Jahren fast 3900 Bauern- und Landarbeiterstellen und weitere 3000 Anliegersied- lungen geschaffen und allein 604 Flüchtlinge aus den abgetrennten Gebieten sesshaft gemacht. Frankfurt ist eine Stadt von 64000 Einwohnern. Rund ein Viertel dieses Bestandes ist reines Wanderungsergebnis seit 1918 (Differenz zwischen Zu- und Ab- wanderung ohne Berücksichtigung der Geburten- und Sterbefälle); unter den Zuge- wanderten befinden sich etwa 4000 Ostflüchtlinge. Trotz erschreckender Geburtenabnahme (bis auf 11,6 je Tausend) ist die jährliche Gesamtzunahme der Bevölkerung Frankfurts

durchschnittlich um 40 v. H. höher als in der Provinz und gar um 80 v. H. höher als im Reich gewesen.

Als Hauptstadt des nächst Potsdam größten preussischen Regierungsbezirktes, der fast so groß wie Württemberg und nur mehr als ein Viertel größer als das Land Sachsen ist, beherbergt Frankfurt neben der größten brandenburgischen Handelskammer und der Handwerkskammer noch etwa 30 Behörden, darunter die Reichsbahndirektion Ostern (seit 1923) und die Oberpostdirektion, deren Bezirk sich rühmen kann, sowohl 1824 den ersten preussischen Landbriefträger, wie auch 1926 die erste Landkraftlinie zur postalischen Erschließung des weiten agrarischen Ostens hinausgeschickt zu haben. Im reichhaltigen Staate Adolf Hitlers ist auch die traditionsreiche Garnison gebührend bedacht worden. Eine ähnliche zentrale Bedeutung besitzt Frankfurt für die NSDAP. in der Mittleren Ostmark. Es ist, bereits 1930 als „Nazihochburg“ verschrien, die wichtigste Stadt des größten Gaues der Partei, der, die Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen umfassend, auf einer Strecke von 430 Kilometer Grenzgebiet ist. So haben die Führung der SA-Gruppe Ostmark, des SS-Abchnittes Ostmark und der NSKK-Gruppe, sowie die Gauleitung des Arbeitsganes VIII in der Odersstadt ihren Sitz, ebenso wie die Gebietsführung Kurmark der SA, die übrigens, als das territorial größte der 25 SA-Gebiete des Reiches, rund ein Zehntel des Reichsbodens umfaßt. Die Gauleitung des Arbeitsdienstes leitet von hier aus für 9 Arbeitsdienstgruppen mit 58 Abteilungen die Durchführung eines 3 Millionen Tagewerke umfassenden Arbeitsprogramms und hat von ihrer Schule in Mohrntal aus die für Deutschlands Wirtschaft so wichtige Roharzewinnung gefördert.

Auf dem Gebiete der Sportpflege und Jugendertüchtigung hat sich Frankfurt frühzeitig bewährt. Es schuf 1927 auf fast 300 000 Quadratmetern Gesamtfläche ein Übungsgelände und das Oststadion, das als eine der schönsten Anlagen Deutschlands 20 000 Personen faßt und heute zur Sätte großer nationaler Kundgebungen der ganzen Umgebung geworden ist. Es schuf eine mustergültige Regattastrecke am Briesower See und errichtete schon vorher drei Jugendherbergen in der Stadt und die Jugendburg für Grenzlandfabriken in Lagow, dem „märkischen Interlaken“. 1935 brachte Frankfurt nächst Stuttgart und Potsdam, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, für Leibesübungen usw. die höchsten Beträge auf. Wie für den gesunden Körper, so sorgt Frankfurt auch für die geistige Leistungssteigerung der heranwachsenden Generation: fast alle Typen des modernen Bildungswesens sind vertreten, von der Hilfsschule bis zur Hochschule. Der großen nationalen Aufgabe, den Ostgedanken recht vielen Deutschen zum Erlebnis zu machen, dienen vor allem drei besondere Frankfurter Bildungstätten, die aus fast ganz Deutschland aufgesucht werden: Das Musikheim, einzig in seiner Art, dient mit staatlichen Lehrgängen und Arbeitsgemeinschaften der musischen Erziehung und der damit verbundenen Volkstumsarbeit. Die Hochschule für Lehrerbildung will einen bodenständigen Lehrerstand heranbilden, der befähigt ist, im ostdeutschen, bäuerlichen Wohnraum ein guter Volkslehrer und ein getreuer Berater zu werden. Die lange Zeit einzige ostdeutsche „Städtische Verwaltungsbeamten- und Sparkassenschule“, die — jetzt als „Kurmärkische Gemeindebeamtenschule“ anerkannt — im Herbst d. J. ihr 21. Halbjahr abschließt, will über reine Kenntnismittlung hinaus den Beamten zum bewussten Treuhänder der Regierungsmaßnahmen des Führers erziehen. Alle drei Anstalten sorgen durch die Zusammenführung ihrer Besucher für eine Verständnis schaffende Verbindung zwischen West und Ost, zwischen Stadt und Land und dienen damit der Erziehung zur Volksgemeinschaft. Darüber hinaus besitzt Frankfurt ein Schulwesen mit ausgeprägt grenzpolitischer Haltung. Seine bestens ausgestattete Stadt- und Ostmarkbücherei ist mit der ihr angegliederten staatlichen Büchereibereitungsstelle für den Regierungsbezirk für dessen östliche Teile zugleich Muster- und Ausbildungsstätte geworden. Frankfurts Theater im schönen Schinkelbau bietet Oper, Operette und Schauspiel, die beiden letzteren auch durch Wanderaufführungen in den Nachbarorten. Seine Kunsthalle ist mit regelmäßig wechselnden Ausstellungen eine willkommene Einrichtung für ostmärkische Künstler und Beschauer. Frankfurt, dessen Wirtschaft durch die Versailleschen Grenzgebühren beträchtliche Rohstoff- und Absatzgebiete verloren hat (13 v. H. des gesamten Absatzes ging in die abgetrennten Gebiete!) besitzt eine Reihe weit bekannter Betriebe, so die weltbekannte Orgelbauanstalt von W. Sauer, von deren bisher erbauten 1536 Orgelwerken allein 400 in der Kurmark erklingen; auch die größte Orgel Europas, die der Kongreßhalle zu Nürnberg, wurde in Frankfurt gebaut.

Nach einem Jahrhundert des Niedergangs und zwei Jahrzehnten aufbaufruchtigen Ringens wächst Frankfurt heute in vielfacher Hinsicht wirtschaftlich und geistig wieder in die Stellung des alten Landschaftsmittelpunktes hinein und versucht, durch Förderung seiner stark land- und forstwirtschaftlich ausgerichteten Gewerbe ein leistungsfähiger Absatzmarkt, durch seine Geschäfte und Messen ein vielseitiger Einkaufsplatz, durch seine Bildungsstätten ein Zentrum landwirtschaftsgebundenen, grenzpolitisch ausgerichteten geistigen Lebens zu werden; durch die Kraft seiner geographischen Lage ist es längst Verkehrs- und Verwaltungsmittelpunkt, durch seine Sportanlagen seit einem Jahrzehnt Sportmittelpunkt eines weiten Gebietes geworden. Immer ist Frankfurts Schicksal ein Spiegel der schicksalsreichen Ereignisse seiner weiteren ostdeutschen Landschaft gewesen. Im Mittelalter selbstherrlich, in der Neuzeit im Dienste des Landesherren und seiner Ziele, gegenwärtig und zukünftig im Dienste der Reichs- und Volksidee Adolf Hitlers: *Stets war es und wird es bleiben ein Bollwerk und treuer Hüter deutscher Art und Leistung!*

Dr. Franz Simon, Frankfurt (Oder).

Die „traditionelle Toleranz“

Nachdem die deutschen Radfahrer beim diesjährigen Straßentennen Berlin-Warschau und bei einer Sportveranstaltung in Lodz am 20. September erfolgreich abgeschlossen hatten, fand am 23. September auf der Warschauer Kaderebnbahn ein dreistündiges Landemennen statt, an dem auch einige deutsche Fahrerpaare teilnahmen. Nach den vorangegangenen deutschen Erfolgen war die Stimmung des etwa 10 000 Köpfe zählenden polnischen Publikums von vornherein gespannt. Die antideutsche Stimmung steigerte sich, als es schon in den ersten Runden des Rennens ersichtlich wurde, daß die polnischen Fahrer nur geringe Siegesaussichten hatten. In der siebenten Runde soll dann ein deutsches Fahrerpaar beim Überholen einen Formfehler begangen haben, wofür ihm vom Schiedsrichter die Punkte entzogen wurden. Aber das Publikum gab sich damit nicht zufrieden; es begann zu toben und seiner deutschfeindlichen Einstellung die Jügel schießen zu lassen. Aus der gröhrenden Masse wurden Steine, Stühle, Bretter und andere greifbare (z. T. wohl vorsorglich mitgebrachte) Gegenstände gegen die deutschen Sportler geschleudert. Die Polizei erwieis sich als machtlos, dem Loben Einhalt zu gebieten. Erst als die Beleuchtung erlosch, wurde es wieder ruhiger und verließen die Massen die Rennbahn. Es wäre nach diesem neuerlichen Zwischenfall, den die „Gazeta Polska“ als einen neuen Beweis für das geringe sportliche Verständnis des Warschauer Publikums bezeichnet hat, wohl endlich an der Zeit, nachzuprüfen, ob es angängig ist, daß deutsche Sportler noch weiterhin zu Wettkämpfen in Polen antreten, solange nicht die Gewähr dafür gegeben ist, daß sie auch dann nach den Regeln der internationalen Höflichkeit behandelt werden, wenn sie dem polnischen Publikum nicht den Gefallen tun, sich besiegen zu lassen.

Das anderthalbjährige Kind des Arbeitslosen Mojs Kuberczyk in Schwientochlowitz stand seit längerer Zeit bei Dr. Skoterek in Königshütte in Behandlung, der den Fall, als eine gewisse Besserung eingetreten war, an einen anderen Arzt, Dr. Jaroch in Schwientochlowitz abgab, der zunächst auch die bisherige Behandlung, u. a. die verordnete Quarzlampenbestrahlung, fortführte. Das dauerte so lange, bis Jaroch eines Tages erfuhr, daß Kuberczyk seine älteren Kinder zur deutschen Schule schickt. „Ja, wenn das so ist“, sagte er daraufhin zur Mutter des kranken Kindes, „dann kann das Kind die Lampenbehandlung nicht weiter bekommen. Die Lampe ist von der Mütterberatungsstelle und mir gekauft worden, und es hängt von meinem guten Willen ab, wer die Bestrahlung erhält.“ Kuberczyk hat fünf Kinder und erhält monatlich 16 Zloty Unterstützung, das sind je Tag und Kopf der Familie 4 Pfennig! Und ein polnischer Arzt bringt es fertig, der Mutter die ihr zustehende kostenlose Behandlung ihres kranken Kindes zu verweigern!

Eine besondere Vorstellung von der geistlichen Würde hat der polnische Kaplan Nowak aus Schwientochlowitz bei der Beerdigung des deutschen Volksgenossen Karl Schalla an den Tag gelegt. Als sich die Trauergäste am Grabe von dem Toten mit dem deutschen Gruß verabschiedeten, forderte Nowak sie in 'höflichem und unüberhöflichem' Tone auf, diesen „neunbüßigen“ Weiß zu untertänigen.

Als niemand seiner Aufforderung Folge leistete, gürtete der Diener Gottes seine Lenden und taufchte beleidigt von dannen, ohne am Grabe gesprochen zu haben.

Der Vertrauensmann des Deutschen Volksbundes in Ruda (Ostoberschlesien), der im Ruhestand lebende Steiger Neher, wurde am 12. September von zwei Aufständischen angefallen und mit Häuten geschlagen. Die Aufständischen stürzten sich mit dem Rufe „Du pieronischer German, hörst du nicht auf zu agitieren!“ auf den überaschten Deutschen. Ausnahmsweise schritt in diesem Falle einmal ein in der Nähe befindlicher Polizeibeamter zum Schutze des Ueberfallenen ein.

In der 3. Klasse der deutschen Minderheitschule in Bogutschütz (Ostoberschlesien) unterrichtet seit einiger Zeit eine polnische Lehrerin, die es sich angewöhnt hat, die deutschen Kinder, die ihr anvertraut sind, als „Idioten“ und „verfluchte Bestien“ anzusprechen. Der Deutsche Elternverein in Bogutschütz hat sich gezwungen gesehen, von der Unterrichtsabteilung die sofortige Beseitigung dieser pädagogischen Karikatur zu verlangen. In der genannten Schule ist es den deutschen Kindern von ihren nationalpolnischen Lehrern und Lehrerinnen verboten worden, den deutschen Gruß „Grüß Gott“ zu gebrauchen; sie werden gezwungen, „dziem dobron“ zu sagen. Auch dagegen hat der Elternverein Einspruch erhoben.

Die Kinder der aufgelösten Schule mit deutscher Unterrichtsprache in Kattowitz-Domb, die an die Minderheitschule in Kattowitz-Zalenz überwiefen werden mußten, sind, wie schon berichtet, auf Anordnung des dortigen polnischen Schulleiters durchweg um eine oder gar mehrere Klassen zurückversetzt worden. Wegen dieser Benachteiligung der 40 deutschen Kinder versuchte eine Elternabordnung mit dem zuständigen Schulinspektor, einem gewissen Zgielski, in Verbindung zu treten. Aber es kam nicht dazu. Der Mann, der die deutsche Sprache fließend spricht, weigerte sich, sich mit der des Polnischen nicht hinreichend mächtigen Abordnung deutsch zu unterhalten. Er meinte, er habe es „nicht nötig“, sich im Gespräch mit polnischen Staatsangehörigen der deutschen Sprache zu bedienen. Wenn man etwas von ihm wolle, könne man ja einen Dolmetscher (natürlich gegen Bezahlung) zuziehen. Als die Vertreter der deutschen Elternschaft dann noch darauf hinzuweisen versuchten, daß sie auf Grund der Genfer Konvention das Recht hätten, vor den Behörden deutsch zu sprechen, wies ihnen Zgielski die Tür. Und als darauf die Deutschen in Begleitung eines Dolmetschers des Deutschen Volksbundes zurückkehrten, um ihr Anliegen erneut vorzubringen, weigerte sich Zgielski, sie zu empfangen, mit der Begründung, — die Deutschen hätten sich „ungehörig benommen“.

Das Warschauer Sportpublikum, das die deutschen Gäste mit Steinen bewirft, die Bogutschüzer Lehrerin, die deutsche Kinder als „Bestien“ anspricht, der Schulinspektor, der sich vor einer Aussprache mit Vertretern der deutschen Elternschaft drückt, der Arzt, der die Behandlung eines deutschen Kindes verweigert, der Kaplan, der die deutschen Trauergäste beschimpft, der Aufständische, der den deutschen Vertreter mißhandelt . . . Das sind nur Beispiele aus einer endlosen Kette von Handlungen, die an das peinliche Wort Roman Dmowstis von den freigelassenen Sklaven erinnern. Sie bestätigen in ihrer immer wiederkehrenden Häufung die Systematik und Unversöhnlichkeit eines Vernichtungswillens, den eine unter den ostoberschlesischen Eltern und Schulkindern verteilte polnische Broschüre vor einiger Zeit mit den drohenden Worten ausgedrückt hat, daß die polnische Allgemeinheit die in den Schulen der deutschen Volksgruppen erzogenen Kinder zu keinen Arbeiten, nicht einmal zum Reinigen der Kanäle oder zum Straßenkehren, zulassen werde. Es besteht kein Anlaß zu der Vermutung, daß damit nur der Wunsch einzelner Heher, nicht aber der Wille der polnischen Gesamtheit zum Ausdruck gebracht worden ist.

Von Nr. 20 an wird das „Ostland“ in einem Umfang von 20 Seiten erscheinen. Bezugsbedingungen bleiben unverändert.

Ostland-Chronik

Drei weitere deutsche Schulen geschlossen

Nachdem zu Beginn des neuen Schuljahres bereits die von 300 Schülern besuchte Knabenschule mit deutscher Unterrichtssprache in Kattowitz und die deutsche Minderheitschule in Kattowitz-Domb, die von 63 Kindern besucht wurde, von den polnischen Behörden zwangsweise geschlossen wurden, sind jetzt noch drei weitere deutsche Unterrichtsanstalten aufgelöst worden. Die Unterrichtsabteilung der Wojewodschaft Schlesien hat die Zusammenlegung der deutschen Klassen der Knaben- und Mädchenmittelschule in Kattowitz, die von zusammen 180 Schülern besucht werden, verfügt. Es gibt jetzt in dieser Schule also statt 8 nur noch 4 deutsche Klassen. Wie in den beiden erstgenannten Fällen so liegt auch im Falle der Mittelschule ein Bruch der Genfer Oberschlesienkonvention vor, nach deren Bestimmungen deutsche Unterrichtsbetriebe nur dann geschlossen werden dürfen, wenn sie in drei aufeinanderfolgenden Jahren weniger als 30 Schüler gezählt haben.

Die Schule des deutschen Waisenhauses in Altdorf bei Pleß ist mit Beginn des neuen Schuljahres aufgelöst worden. Von den 21 Kindern sind 18 in die deutsche Privatschule in Pleß und 3 in polnische Schulen überwiesen worden. Die Lehrkraft des Waisenhauses wird von der deutschen Schule übernommen. Mit dieser Schule ist eine Anstalt von den polnischen Behörden unterdrückt worden, die sehr viel Gutes an den elternlosen deutschen Kindern getan hat. Auch das seit 1849 bestehende Waisenhaus selbst befindet sich in wirtschaftlicher Bedrängnis, seitdem von der Zwangsverwaltung des Pleßischen Vermögens die Zureisungen erheblich eingeschränkt worden sind.

Ganz überraschend ist die deutsche Klasse der öffentlichen Schule in Zirke (Posen) aufgelöst worden. Die Auflösung ist erst zu Beginn des neuen Schuljahres erfolgt. Den Erziehungsberechtigten ist es daher nicht mehr möglich gewesen, ihre Kinder rechtzeitig zu einer anderen deutschen Schule anzumelden. Die von ihnen eingereichten Anträge auf Ueberweisung der Kinder in die deutsche Schule in Neu-Zittum sind von den polnischen Behörden abgelehnt worden. Die Kinder werden gezwungen, die polnische

Schule in Zirke zu besuchen. Unter den von der zwangsweisen Polonisierung bedrohten Schülern befindet sich auch ein reichsdeutsches Kind. Es ist das nicht das erste Mal, daß von den polnischen Behörden diese hinterhältige Methode angewandt wird: die Auflösung eines deutschen Unterrichtsbetriebes erst dann zu veröffentlichen, wenn die vorgeschriebene Frist zur Ummeldung der in Mitleidenschaft gezogenen Kinder in eine andere deutsche Schule bereits abgelaufen ist, und die Nichtberücksichtigung der von den Eltern eingereichten Anträge mit der Begründung abzulehnen, daß die Frist nicht eingehalten worden ist.

Verdrängung der deutschen Sprache

Die Minderheitschule in Kattowitz-Zalenge steht, wie zahllose andere deutsche Schulen, unter nationalpolnischer Leitung. Bereits im vorigen Schuljahr hatte der polnische Schulleiter verfügt, daß im Turnunterricht nur noch polnisch kommandiert werden darf. Zu Beginn des neuen Schuljahres sind dann, wie schon berichtet, die Kinder der aufgelösten deutschen Schule in Kattowitz-Domb, die der Zalenger Schule zugeteilt werden mußten, auf Anordnung des Schulleiters durchweg um mehrere Klassen zurückversetzt worden. Jetzt hat der Schulleiter weiter verfügt, daß in Zukunft in den oberen Klassen der Unterricht in Geschichte, Erdkunde und Bürgerkunde nur mehr in polnischer Sprache erteilt werden darf. Eine weitere Anordnung verbietet den deutschen Kindern, „ihren“ Schulleiter, wie es bisher der Fall war, in deutscher Sprache zu grüßen. Das Beispiel der Zalenger Minderheitschule ist typisch für alle öffentlichen Minderheitschulen mit deutscher Unterrichtssprache, die gegen den Protest der Eltern unter die deutschfeindliche Gewalt nationalpolnischer Leiter gestellt worden sind: Schrittweise wird die deutsche Sprache aus den Unterrichtsfächern entfernt, systematisch wird das deutsche Kind durch ungerechte Behandlung zermürbt und betrauert wird das Vertrauen der deutschen Elternschaft zu den deutschen Schulen zerstört.

Werbt für Ostland

Keine Kriege, keine diplomatischen Künste

haben unserem Volke je eine solche Ausweitung seines Lebensraums gebracht wie der friedliche Ostlandzug, den es unter der Führung der Hanse und des „deutschen Ordens“ aus eigener Kraft antrat und vollendete. Dieser Leistung und der wechselvollen geschichtlichen Schicksale des deutschen Ostens gedenkt das neue Werk, das soeben im Format und in der Ausstattung der Propyläen-Weltgeschichte erschienen ist:

Der Deutsche Osten

Seine Geschichte, sein Wesen und seine Aufgaben.

Herausgegeben von Professor Karl C. Thalheim und A. Hillen Ziegfeld

Keine Mühen und Mittel wurden gescheut, um in Gemeinschaftsarbeit der besten Kenner dieser Probleme ein stattliches Werk zu schaffen. Eine verschwenderische Fülle von Illustrationen — 232 Abbildungen, 24 mehrfarbige und Tiefdrucktafeln, 4 Faksimile-Beilagen und 71 geopolitische Karten — wurde zwischen die Seiten eingestreut, ein Schatz vielfach unbekanntes Kulturgutes zusammengetragen. In lebensvoller Darstellung legt das Werk die landschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Fundamente des Ostraumes bloß, verfolgt den Fluß der Geschichte bis zurück zu den sogenannten spannen Quellen, entwirft ein liebevolles Bild des ostdeutschen Menschen. Auch zum Ausland-Deutschtum schlägt es Brücken des Verständnisses. Preis broschiert 22 Mark, Ganzleinen 26 Mark, Halbleder 29 Mark.

PROPYLÄEN-VERLAG / BERLIN

Bundesmitglieder

lassen nur beim Landsmann

Färberei Blitz

(Inhaber Franz Riedel)

Berlin - Adlershof

Hoffmannstraße 16

reinigen u. färben! Abholung u. Lieferung frei Haus. Fernspr. P 5, 7494

MÖBEL
KAMERLING, BERLIN
M. Karlsruhallee 56
Kasse u. Teilzahlung

Beachten die

Schulungsbriefe

des Bundes Deutscher Osten.

Zu beziehen durch das Schulungsamt
des BDO in Königsberg (Pr.),
Französische Str. 20

Den Mitgliedern des Bundes
Deutscher Osten und dessen angeschlossenen Verbänden
bietet sich Gelegenheit

Sterbegeldversicherungen

in Höhe von RM. 100,- bis RM. 1500,-
zu günstigen Bedingungen abschließen

STERBEFURSORGE

Verwaltungsges. Aufbauskredit f. Grenz- u. Auslanddeutsche G.m.b.H.
Berlin W 30, Motzstr. 46



Zweigniederlassung Breslau
Tochterhaus in Danzig

Esperstedt & Co.

Königsberg (Pr.), Tragh. Kirchenstraße 35

Ingenieurbüro
für Projektierung
und Ausführung
von

Zentralheizungen * Sanitären Anlagen

A. Druckenmüller, Königsberg

G. m. b. H.

Eisen- und Eisenwaren-Großhandel

Königsberg Pr. 5, Tharauerstraße 3-11

Fernruf: 46246 - Telegramm-Adresse: ADRU Königsberg

THYSSEN Eisen- u. Stahl-Aktiengesellschaft

Zweigniederlassung Königsberg (Pr.) 5
Holsteiner Damm 45/50 Ruf 24101

Eisen • Eisenwaren • Baustoffe

Träger, Moniereisen, Bleche, Röhren,
verzinkte Stahldachpfannen, Drahtwaren,
Heizkörper und Kessel für Zentralheizungen

Schäffer & Walcker

Zentralheizungen G. m. b. H. • Gegründet 1855

Königsberg (Pr.), Fernsprecher Nr. 42012-13, Vorstädt. Langgasse 27

Fernheizungs-, Warmwasserbereitungs- u. Lüftungsanlagen